



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

## Pressemitteilung

Freitag, 15. April 2011

**Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat März informieren.

Das bestimmende Thema des Bayerischen Landtags in den vergangenen Wochen war die **Verabschiedung des Doppelhaushalts 2011 und 2012**. In der ersten April-Woche haben die Abgeordneten sämtliche Einzelhaushalte der Ressorts in einer dreitägigen Plenarsitzung beraten und beschlossen. Über die Eckdaten habe ich Ihnen/Euch an dieser Stelle bereits einige Male berichten können: Er verfügt über ein Volumen von knapp 86 Milliarden Euro (42,7 Milliarden Euro im Jahr 2011 und 43,1 Milliarden Euro im Jahr 2012) und kommt im sechsten und siebten Jahr in Folge ohne Neuverschuldung aus. Über das Programm „Aufbruch Bayern“, das mit 1,1 Milliarden Euro in den drei Jahren 2011, 2012 und 2013 dotiert ist, werden gezielt die Bereiche „Familien“, „Bildung“ und „Innovationen“ gefördert. Damit Bayern nicht aufhört, besser zu werden, und damit die Chance hat, gut zu bleiben. Denn die Weichen für die Zukunft und für Arbeitsplätze der Zukunft werden bekanntlich bereits heute gestellt – man denke nur an die Megatrends Elektromobilität und Umbau unserer Energieversorgung.

Integraler Bestandteil des Haushalts für das Jahr 2011 ist eine **Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten des Freistaats Bayern**. Dies ist schmerzlich, erhalten doch die Tarifangestellten einen deutlichen Lohnzuschlag. Dieses Tarifergebnis wird in diesem Jahr nicht auf die Beamten übertragen. Dadurch erspart sich der Freistaat einen dreistelligen Millionenbetrag. Um dies besser einordnen zu können, möchte ich an dieser Stelle jedoch auch daran erinnern, dass das Ergebnis der Tarifverhandlungen der Jahre 2009 und 2010 eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten übertragen worden war. Sie erhielten deshalb im Jahr 2009 einen Sockelbetrag von 40 Euro plus 3 Prozent mehr Lohn sowie im Jahr 2010 nochmals 1,2 Prozent mehr – und dies, obwohl im Jahr 2009 in der Wirtschaft häufig Lohnneinbußen hingenommen werden mussten, insbesondere durch die verbreitete Kurzarbeit. Dem CSU-Arbeitskreis für Fragen des Öffentlichen Dienstes ist es zudem gelungen, Kürzungen bei den Tagegeldern, bei der Wegstreckenentschädigung und bei den Jubiläumszuwendungen zu verhindern. Darüber hinaus wird die Absenkung der Eingangsbesoldung, die zwischen dem 1. Mai 2011 und dem 30. April 2012 erfolgen wird, auf längstens 18 Monate begrenzt, um Härten für einzelne Berufsanfänger abzumildern. Man kann auch nicht oft genug

daran erinnern, dass der Freistaat in den letzten beiden Jahren beschlossen hat, die Wochenarbeitszeit von 42 wieder auf 40 Stunden zurückzuführen (in zwei Schritten zum 1. August 2012 und zum 1. August 2013), die Altersteilzeitregelung mit passablen Bedingungen zu verlängern (für die Tarifangestellten gibt es demgegenüber keinerlei Altersteilzeitregelung mehr) und das Neue Dienstrecht mit mannigfachen Stellenhebungen einzuführen. Alles in allem hat der Freistaat für diese Maßnahmen für seine Beamtinnen und Beamten in den vergangenen zwei Jahren mehr als eine Milliarde Euro aufgewandt – und hat auf diese Weise auch einen bedeutenden konjunkturellen Impuls gesetzt. Wie ich selbst bei einer Podiumsdiskussion mit angehenden Finanzbeamten in Herrsching sowie beim Delegiertentag des Bayerischen Beamtenbundes in der letzten Woche in Nürnberg erfahren durfte, sind diese Maßnahmen aber inzwischen nicht mehr im Gedächtnis der Beamtinnen und Beamten präsent. Das alles beherrschende Thema war statt dessen die für 2011 geplante Nullrunde. Finanzminister Georg Fahrenschon hat dem Beamtenbund in Nürnberg daraufhin seine Gesprächsbereitschaft signalisiert: Nach der Mai-Steuerschätzung wolle er sich mit dem Beamtenbund zusammensetzen und verhandeln, welche Besoldungssteigerung im kommenden Jahr 2012 möglich sein wird. Die Abgeordneten der Jungen Gruppe der CSU, zu denen auch ich gehöre, werden zudem ihr Augenmerk darauf richten, dass der Freistaat seine derzeit ausgesetzten **Zuführungen zum Pensionsfonds** sowie seine Pensionsrückstellungen wieder aufnimmt, sobald es die finanziellen Spielräume hierfür gibt. Denn schon jetzt Vorsorge für die in den nächsten Jahren stark ansteigenden Pensionsverpflichtungen zu treffen, gehört ebenfalls zu einer vorausschauenden und nachhaltigen Politik.

Ein neues Instrument in Fragen der Energiepolitik, die uns in den letzten Wochen ebenfalls intensiv beschäftigen, hat Umweltminister Dr. Markus Söder in der letzten Woche in der CSU-Landtagsfraktion vorgestellt: Den „**Energie-Atlas Bayern**“, der auf sämtliche Fragen im Zusammenhang mit Energiegewinnung und –nutzung sowie im Bereich des Energiesparens Antworten geben möchte. Abrufbar ist der Energie-Atlas im Internet unter [www.energieatlas.bayern.de](http://www.energieatlas.bayern.de). Für besonders innovativ halte ich dabei den im Atlas behandelten Teilaspekt, auch die an vielen Stellen anfallende Abwärme zur Energiegewinnung zu nutzen. Neben dem unmittelbaren Einsparen von Energie ist die Abwärmenutzung eine weitere wichtige Möglichkeit, um mit unseren natürlichen Ressourcen möglichst schonend umzugehen.

In diesem Zusammenhang darf ich eine weitere Veranstaltung erwähnen, in der die CSU-Abgeordneten aus erster Hand Informationen über das so genannte **Desertec-Projekt** erhalten konnten. Ein inzwischen internationales Konsortium – mit vielen bayerischen Firmen als tonangebenden Institutionen, unter anderem die Münchner Rück oder Siemens – trägt sich hierbei mit Überlegungen, in den nächsten Jahrzehnten **in den nordafrikanischen Wüstengebieten Strom zu erzeugen** und einen Teil hiervon nach Mitteleuropa zu importieren. Mit Hilfe von Solarthermie (Wasser wird durch die Strahlung der Sonne erhitzt, der entstehende Dampf treibt Generatoren an - und dies rund um die Uhr, da Wärme leichter als Strom gespeichert werden kann), Photovoltaik und Windkraft sollen langfristig mehr als 100 Gigawatt erzeugt werden, was etwa 15 Prozent der in Europa verbrauchten Energiemenge entspricht. Der besondere Reiz läge, da rund um die Uhr verfügbar, in der Grundlastfähigkeit dieser Stromversorgung, zudem hielte sich der Preis in etwa im Rahmen der aktuell gültigen Strompreise. So reizvoll es erscheinen mag, auf einer Fläche von 300 mal 300 Kilometern in der Sahara so viel Strom erzeugen zu können, dass damit der gesamte Strombedarf Europas gedeckt werden könnte: Das noch zu lösende und gravierendste Problem ist und bleibt der Transport des erzeugten Stroms dorthin, wo er gebraucht wird. Überhaupt dürfte der Bau neuer, hocheffizienter Leitungen zum größten Hindernis für den Ausbau regenerativer Energien – aus welcher Region auch immer – werden.

Auch aus dem Bereich der **Asylsozialpolitik** gibt es Neues und Erfreuliches zu vermelden. Die Regierungsfractionen von CSU und FDP haben sich zusammen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen darauf verständigt, dass nun auch für Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis besitzen (etwa weil in ihren Heimatländern Bürgerkrieg herrscht), die Verpflichtung entfällt, in Gemeinschaftsunterkünften zu leben. Statt dessen dürfen sie künftig in eigenen Wohnungen leben.

Diese Lockerung, die in Bayern über 400 Personen zu Gute kommt, ist in dieser Woche per Ministerialerlass in Kraft getreten. Ebenso wird nunmehr – im Vorgriff auf die anstehende Änderung des bayerischen Aufnahmegesetzes – mit der Umsetzung des im letzten Jahr beschlossenen bayerischen Asylkompromisses begonnen. So können – ebenfalls ab sofort – Familien mit Kindern, Alleinerziehende sowie Flüchtlinge mit über vierjährigem Aufenthalt die Gemeinschaftsunterkünfte verlassen und in Privatwohnungen umziehen. Dies war im Plenum des Landtags eine auch von mir selbst häufig wiederholte Forderung, die ich vor allem mit der Situation der Familie Erdogan in der Dachauer Asylbewerberunterkunft begründet hatte: die Familie war seit inzwischen sage und schreibe 20 Jahren in dieser Gemeinschaftsunterkunft untergebracht. Solche Fälle werden sich auf der Grundlage des in der vergangenen Woche in Kraft gesetzten Ministerialerlasses nun nicht mehr wiederholen.

Erwähnenswert ist schließlich ein Gespräch, das der wehrpolitische Arbeitskreis der CSU-Landtagsfraktion mit dem früheren Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, **General a.D. Klaus Naumann**, geführt hat: In messerscharfer Analyse hat dieser dargelegt, warum die Enthaltung der Bundesrepublik Deutschland im Weltsicherheitsrat zur Libyen-Resolution einen wohl nicht mehr wieder gut zu machenden Schaden verursacht hat. Denn damit seien gleich mehrere bisher gültige und unumstößliche Grundprinzipien verletzt worden. Seit Konrad Adenauer und Helmut Kohl sei stets darauf geachtet worden, dass Deutschland nie isoliert sein und sich zudem nie gegen die USA stellen dürfe. Darüber hinaus sollte Deutschland bei allen außenpolitischen Aktionen auf Augenhöhe mit Frankreich agieren. All diese Prinzipien seien bei der Enthaltung im Weltsicherheitsrat missachtet worden. Denn die Enthaltung eines nichtständigen Weltsicherheitsrats werde nach den diplomatischen Gepflogenheiten als „Nein“ gewertet, während die Enthaltung eines ständigen Mitglieds als „Ja“ anzusehen sei, da letzteres Mitglied dadurch ja auf sein Vetorecht verzichte. Viel geschickter wäre deshalb gewesen, der Resolution zuzustimmen und anschließend in einer Protokollerklärung kundzutun, dass man sich an einer solchen Aktion nicht beteiligen könne. Genau so habe sich das viel kleinere Portugal verhalten. Die Conclusio von General a.D. Naumann lautete deshalb: Sollte Deutschland jemals die Chance gehabt haben, ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates zu werden, so sei diese nun verspielt worden.

Lassen Sie/lasst mich zum Abschluss noch kurz auf einige **Personalentscheidungen** eingehen: Durch die Ernennung von Thomas Kreuzer zum Kultusstaatssekretär ist dessen bisherige Position als **stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion** vakant geworden. In einer Kampfabstimmung setzte sich dabei überraschend die niederbayerische Abgeordnete Reserl Sem gegen die Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, Ingrid Heckner aus Oberbayern, durch.

In Reserl Sems bisherige Position als Beisitzerin im Vorstand der CSU-Landtagsfraktion wurde dagegen eine oberbayerische Abgeordnete gewählt: Kerstin Schreyer-Stäblein aus dem südlichen Landkreis München setzte sich hier in der Fraktion gegen vier Mitbewerber durch.

Ich selbst wurde von der Fraktion - nach dem Ausscheiden von Thomas Kreuzer - neu zum **stellvertretenden Mitglied der Richter-Wahl-Kommission des Landtags** gewählt. Diese Kommission bereitet - nach dem Gesetz über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof – die Wahl des Präsidenten, seiner Vertreter sowie der berufsrichterlichen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs durch den Landtag vor. Die CSU-Fraktion stellt vier der neun Vertreter in der Richter-Wahl-Kommission. Dieser ehrenvollen Aufgabe stelle ich mich gerne.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun sowohl eine gedeihliche Lektüre als auch und ganz von Herzen ein frohes und gesegnetes Osterfest – und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized initial 'B' followed by the name 'Bernhard Seidenath' written in a cursive script.

Bernhard Seidenath

## Auswirkungen der unfassbaren Ereignisse in Japan auf die bayerische Energiepolitik

Japan musste in kurzer Zeit **drei Katastrophen** erleben: Ein gigantisches Erdbeben, einen gewaltigen Tsunami und die verheerenden Unglücksfälle in den Kernkraftwerken.

Diese unfassbaren Ereignisse haben die **Sichtweise auf die Kernenergie noch einmal grundlegend verändert**. Die Unglücksfälle in den japanischen Kernkraftwerken sind eine **Zäsur und ein Appell an alle Verantwortlichen**, umzudenken und die **Sicherheitsphilosophie für die Kernkraft zu überprüfen**.

Für uns als CSU-Fraktion war und ist die Kernenergie eine **Brückentechnologie**, die wir **begrenzt und verantwortbar** mit dem Ziel **einsetzen, so schnell wie möglich** auf Erneuerbare Energien **umzusteigen**.

Wir **begrüßen** deshalb das **Moratorium der Bundesregierung** und die im Zusammenhang mit dem Moratorium stehende **Abschaltung der ältesten sieben Kernkraftwerke** in Deutschland.

In seiner **Regierungserklärung** „Bericht zu den Ereignissen in japanischen Kernkraftwerken und den Auswirkungen auf Bayern“ erklärte **Umweltminister Dr. Markus Söder**, dass das

Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit bereits die Anordnung für die dreimonatige **Abschaltung des Kernkraftwerks Isar I** erlassen habe. In diesen drei Monaten solle das Kernkraftwerk nochmals **umfassend auf der Grundlage der neuen Erkenntnisse** aus Japan auf seine Sicherheit überprüft werden. Auch eine endgültige Abschaltung schloss der Minister in diesem Zusammenhang nicht aus.

Die Staatsregierung werde auch eine **bayerische Reaktorsicherheitskommission** ins Leben rufen, die mit **unabhängigen Fachleuten** besetzt werde.

Diese Politik **unterstützte** für die CSU-Fraktion ihr **Fraktionsvorsitzender Georg Schmid** in der anschließenden Debatte ausdrücklich.

In einem hierzu eingebrachten **Dringlichkeitsantrag** hat die CSU-Fraktion den **Menschen in Japan**, die eine unvorstellbare Last zu tragen haben, **ihr tiefes Mitgefühl** ausgedrückt.

Wir haben die Staatsregierung aufgefordert, **bei der Bundesregierung** unter anderem **darauf hinzuwirken**, unverzüglich **internationale Gespräche zur Sicherheit der Kernkraftwerke** mit der Internationalen Atomenergie-

Organisation (IAEO) und auf der Ebene der EU aufzunehmen. **Die Europäische Kommission ist gefordert**, Sicherheitsstandards für alle kerntechnischen Anlagen in der EU verbindlich zu machen. Die IAEO soll aufgefordert werden, vergleichbare Initiativen im internationalen Rahmen zu ergreifen.

Als Konsequenz aus den gravierenden Ereignissen in den japanischen Kernkraftwerken haben wir die Staatsregierung außerdem aufgefordert, bis Mitte Mai 2011 alle bayerischen Kernkraftwerke im Lichte der Erkenntnisse aus den Vorfällen in Japan auf ihre Sicherheit zu überprüfen und dem Landtag über Schlussfolgerungen zu berichten.

Außerdem soll die Staatsregierung bis Mitte Mai 2011 ein Konzept vorlegen, wie und in welchem Umfang der Umstieg Bayerns in den nächsten zehn Jahren in eine auf Erneuerbare Ener-

gien gegründete Energieversorgung erreicht werden kann.

Deswegen haben wir die Staatsregierung auch aufgefordert, den Umbau des Stromversorgungssystems noch stärker voranzutreiben. Hierzu zählen ein rascher Ausbau der Stromnetze, der Bau von Stromspeichern, die Entwicklung neuer Speichertechnologien sowie der weitere Ausbau und die Integration Erneuerbarer Energien.

Bayern ist schon heute mit einem Anteil von 25 % Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung unter den Vorreitern in Deutschland.

Bereits vor den schrecklichen Ereignissen in Japan hatten wir beschlossen, diesen Anteil bis 2030 auf mindestens 40 % zu erhöhen. Um die Energiewende noch schneller zu schaffen, werden wir zügig die notwendigen Weichen dafür stellen.

### Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im bayerischen Schulwesen (Inklusion)

Am 26.03.2009 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) in Deutschland in Kraft getreten.

Das Übereinkommen konkretisiert die Menschenrechte bezogen auf die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen. Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention ist es, die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen zu fördern und ihre Dis-

kriminierung in der Gesellschaft zu unterbinden.

Artikel 24 der Konvention garantiert ein umfassendes Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung und verpflichtet die Vertragsstaaten zu einem inklusiven Schulwesen, das den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülern ermöglicht und dafür die notwendige Unterstützung leistet.

Zur Umsetzung dieser Verpflichtung in Bayern bildete sich eine **interfraktionale Arbeitsgruppe** unter der Leitung von Georg Eisenreich, die einen **Gesetzentwurf erarbeitet** hat, der nun **von allen fünf Fraktionen im Landtag gemeinsam** eingebracht wurde.

Dieser sieht zum einen vor, dass **vorhandene und bewährte** Einrichtungen und Formen der Zusammenarbeit **erhalten** werden. Dies bedeutet auch, dass die **Förderschulen als Lernorte und Kompetenzzentren bestehen bleiben und weiterentwickelt** werden.

Zum anderen enthält der Gesetzentwurf **insbesondere folgende Neuerungen:**

- Der grundsätzlich **gleichberechtigte Zugang zur allgemeinen Schule** und damit ein **weitgehendes Entscheidungsrecht der Eltern**. Dieses wird **nur noch aus Gründen des Kindeswohls oder aufgrund erheblicher Aufwendungen** für den Sachaufwandsträger **eingeschränkt**.
- Die **Möglichkeit**, dass **sich Schulen** mit Zustimmung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde und des Schulaufwandsträgers das **Schulprofil „Inklusion“ geben können**.

### **Zukunftsfähige Sicherung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Die parlamentarischen **Beratungen zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag** haben wir als CSU-Fraktion mit einem **Entschließungsantrag** begleitet, in dem wir den **Modellwechsel** von der gerätebezogenen Rundfunkgebühr zum Haushaltsbeitrag **als zukunftsfähige Sicherung der Finanzierung** des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und richtige Antwort auf die Konvergenz der Empfangsgeräte begrüßen.

Das neue System **senkt die Zahl der Schwarz Hörer und Schwarzseher** und **reduziert gleichzeitig den Kontrollaufwand durch Gebührenbeauftragte**.

Außerdem sehen wir in der **Verbreiterung der Basis** ein wirksames Mittel, um drohende erhebliche Gebührenerhöhungen abzuwenden und sogar eine Senkung des individuellen Beitrags zu ermöglichen.

In unserer Entschließung betonen wir zudem die Notwendigkeit, **nach Inkrafttreten des neuen Beitragsstaatsvertrages** zügig auf der Basis der Ergebnisse des 19. KEF-Berichts die finanziellen Auswirkungen sowie Notwendigkeit und Ausgewogenheit der Anknüpfungstatbestände **zu überprüfen**.

Wir erwarten, dass die **Beitragspflicht für Kraftfahrzeuge** aufgrund der Zahlungen von Betriebsstätten **langfristig**

**entfallen** und damit der **verwaltungs-technische Aufwand** beim Gebühreneinzug **weiter reduziert** werden kann.

Wir fordern ferner die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf, **durch sparsameren Mitteleinsatz** den Bedarf stabil zu halten und damit **Beitragserhöhungen über den bloßen Inflationsausgleich** hinaus zu vermeiden. Etwaige im Zuge der Neuordnung der Rundfunkfinanzierung entstehende **Mehreinnahmen** werden daher für eine **Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen** genutzt werden.

Die **CSU-Fraktion unterstützt** alle Bestrebungen, die **Qualität der Sendungen** im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erhöhen, stärker den **Kernauftrag**

**zu fokussieren** und dem Bürger einen **erkennbaren Mehrwert** für sein Geld zu liefern. Ein solcher Mehrwert ist insbesondere auch die **Erhöhung barrierefreier Rundfunkangebote**.

In unserer Entschließung haben wir auch noch einmal die Notwendigkeit unterstrichen, die **Datenerhebung, -verarbeitung und -speicherung** im Zusammenhang mit der Beitragserhebung **auf ein Mindestmaß zu beschränken**. **Kurze Lösungsfristen** für nicht oder nicht mehr benötigte Daten sind für uns ein wichtiges Element eines **effektiven Datenschutzes**. Der für die Umstellungsphase vorgesehene Verzicht auf die Anmietung bzw. den Ankauf von Adressen bei kommerziellen Händlern sollte auch nach 2014 beibehalten werden.

## EU-Reform der Einlagensicherung

Die CSU-Fraktion spricht sich dafür aus, dass es bei der **EU-Reform der Einlagensicherung** der Kreditinstitute zu **keiner Begrenzung des bestehenden Schutzzumfangs in Deutschland** kommt.

Deshalb haben wir die **Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert**, sich **auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen**.

Wir sehen zwar die **Notwendigkeit**, eine **Mindestsicherung der Einlagen verpflichtend** für alle Kreditinstitute in Europa **einzuführen**. Das darf jedoch zu **keiner Deckelung der Sicherungssummen** und **damit zu einer**

**Verringerung des höheren Schutzzumfangs der Sicherungssysteme in Deutschland** führen.

Zudem muss auch nach der Reform die **deutsche Institutssicherung** der Sparkassen und Genossenschaftsbanken **mit vollständiger Absicherung aller Kundengelder** möglich sein, die sich in **Kombination mit der freiwilligen Einlagensicherung** in Deutschland **in der Finanzmarktkrise bewährt** hat. Doppelbelastungen der betroffenen Institute infolge von Pflichtbeiträgen zu einem zweiten Deckungsstock (neben dem Institutsschutz) haben deshalb zu unterbleiben.

### Dritte Säule der Bildungsfinanzierung stärken: Neben BAFöG und Studiendarlehen ist die Einführung des Deutschlandstipendiums nötig!

Der Freistaat Bayern verfügt bundesweit über die **größten Erfahrungen mit Landesstipendienprogrammen**. Mit dem ehemaligen **Bayerischen Begabtenförderungsgesetz** und dem heutigen **Elitenetzwerk Bayern** gelang und gelingt es, **besonders begabte Studierende individuell zu fördern** und wichtige Impulse für die **Attraktivität des Studiums und des Hochschulstandorts Bayern** zu setzen.

Im Sommersemester 2011 wird das vom Bund und der Wirtschaft zu finanzierende nationale Stipendienprogramm (sog. „**Deutschlandstipendium**“) an den deutschen Hochschulen in einem **ersten Schritt mit rund 10.000 Stipendiaten** starten.

Um **künftig noch mehr Studierende** an unseren bayerischen Hochschulen fördern zu können, haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag aufgefordert**, im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel **die Bedingungen dafür zu schaffen**, dass das Stipendienwesen in Bayern durch die Einführung des Deutschlandstipendiums **deutlich weiterentwickelt wird**.

Dazu haben wir der Staatsregierung eine Reihe von **Eckpunkten und Fragestellungen an die Hand gegeben**, die aus Sicht der CSU-Fraktion berücksichtigt bzw. beantwortet werden müs-

sen, um das **gesetzte Ziel zu erreichen**.

So ist es uns **beispielsweise wichtig**, dass das **Vergabeverfahren mit den bereits bestehenden Strukturen** des Elitenetzwerks Bayern **so weit wie möglich verbunden** wird, um die über die vom Bund zu tragende Pauschale für Aquisekosten hinausgehenden **Kosten** für unsere bayerischen Hochschulen **möglichst gering zu halten**.

Um das gesamtgesellschaftliche Ziel, **neue Bevölkerungsschichten** für ein Hochschulstudium **zu gewinnen**, zu erreichen, sollte die **rechtliche Möglichkeit** genutzt werden, **neben** rein leistungsbezogenen Kriterien **auch gesellschaftliches Engagement, die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen oder besondere soziale, familiäre oder persönliche Umstände zu berücksichtigen**.

Wir haben die Staatsregierung in unserem Antrag **zudem aufgefordert**, dem Landtag über die aktuelle Entwicklung des Stipendienwesens und die Umsetzung der Eckpunkte **einmal jährlich im Sommersemester**, beginnend im Jahr 2012, **zu berichten**.

Nach Ablauf von jeweils drei Jahren erfolgt eine **Evaluierung**, die im Zusammenhang mit der Evaluierung nach dem Bayerischen Eliteförderungsgesetz stattfinden wird.

### Weiterentwicklung Forstliches Gutachten

Bayern ist mit **Jagd, Landwirtschaft und Forstwirtschaft** in Tradition und Gegenwart **eng verbunden**.

Die **CSU-Fraktion** steht zum bewährten bayerischen **Revierjagdsystem**, zur **Bindung des Jagdrechts an das Eigentum** von Grund und Boden und **unterstützt das Miteinander von Grundeigentümern und Jagdpächtern** zum Wohl von Wald und Wild.

Die **erfolgreiche bayerische Jagd- und Forstpolitik** wird mit breitem gesellschaftlichen Konsens von den maßgeblichen Verbänden, insbesondere dem Bayerischen Jagdverband, dem Bayerischen Bauernverband, dem Bayerischen Waldbesitzerverband und dem Verband der bayerischen Grundbesitzer konstruktiv mitgestaltet und unterstützt.

Auf einem Symposium stellte der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ein **10-Punkte-Programm zur Weiterentwicklung des Forstlichen Gutachtens** vor:

1. Wir stehen uneingeschränkt zu einer **gleichzeitig waidgerechten und waldgerechten Jagd**. Beides kann und darf kein Widerspruch sein.
2. Wir wollen die **Eigenverantwortung der Beteiligten vor Ort** weiter stärken.
3. Wir werden das **Forstliche Gutachten beibehalten**, seine **Aussagekraft** soll aber **weiter erhöht** werden. Wir wollen dazu das Forstliche Gutachten durch revierweise Aussagen zur Ver-

jüngungssituation **ergänzen**, was unter einem zumutbaren Aufwand realisiert werden kann.

4. Zur **Stärkung der Aussagekraft** sollen im Forstlichen Gutachten neben den verbissenen **künftig auch die unverbissenen Pflanzen dargestellt** werden.

5. Wir wollen die **Transparenz des Verfahrens erhöhen**. Nur dann werden auch die Akzeptanz und die Zustimmung zum Forstlichen Gutachten zunehmen. Wir sollten dazu soweit wie möglich die Kontinuität der Aufnahme- flächen gewährleisten.

6. Wir werden **bayernweit exemplarische Dauerbeobachtungsflächen** anlegen, damit wir eine ständige Überprüfungsmöglichkeit der Verjüngungsentwicklung haben.

7. **Gemeinsame Revierbegänge** sollen auf Wunsch der Beteiligten **bayernweit angeboten** werden. Die Forst- und die Landwirtschaftsverwaltung werden diese fachlich beratend unterstützen.

8. Wir wollen **auf freiwilliger Basis** und in Abstimmung mit allen Akteuren die **Schaffung von zusätzlichen Weiserflächen** forcieren.

9. Wir werden die **positiven Beispiele**, die es jetzt schon zahlreich gibt, der **Öffentlichkeit noch deutlicher aufzeigen**. Wir sollten uns am Positiven orientieren und nicht am Negativen.

10. Wir werden im Rahmen der neuen Programmplanungsperiode die Möglichkeiten zur **Schaffung eines „Wald-KULAP“ prüfen**. Beispielsweise könnten an den Waldrändern im Übergang zwischen Wald und Feld extensiv bewirtschaftete Flächen und Randstreifen angelegt werden.

Die CSU-Fraktion **unterstützt dieses 10-Punkte-Programm ausdrücklich** und hat die Staatsregierung daher in

**einem Antrag aufgefordert, dieses zügig umzusetzen.**

Darüber und über das weitere Vorgehen soll dem Landtag **noch vor der Sommerpause 2011 berichtet** werden. Darüber hinaus sollen die **Betroffenen**, insbesondere Jagdgenossenschaften, Eigenjagdbesitzer und Revierinhaber durch die zuständigen Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Zusammenarbeit mit den Unteren Jagdbehörden **in geeigneter Weise informiert** werden.

### **Energetische Sanierung und Klimaschutz – Novellierung des Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung**

Um den **Übergang ins Zeitalter der regenerativen Energien zu flankieren**, haben wir die Staatsregierung in **einem Antrag aufgefordert**, sich bei der anstehenden Novelle des Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung für eine **Änderung unter dem Leitmotiv der Energieeinsparung und des Klimaschutzes** noch in der laufenden Legislaturperiode einzusetzen.

**Insbesondere** soll dabei erreicht werden, dass eine Regelung in der Baunutzungsverordnung geschaffen wird, die **geringfügige Abweichungen** im

Rahmen einer Aufbringung von Außenansanierungen **ermöglicht**.

Außerdem soll die **Anrechnung** von nachträglich aufgebracht Wärme-dämmung **bei der Ermittlung der Geschosfläche**, ähnlich wie bei bestimmten untergeordneten Nebenanlagen und Bauteilen, **ausgeschlossen** werden.

Auch soll eine Regelung geschaffen werden, die festlegt, dass eine **geringfügige Überschreitung der Grundstücksgrenze** durch eine Außenwärmedämmung **zu keinem Wechsel in der Bauweise führt**.

### **Aufnahme des Schwurgerichtssaals 600 ins Welterbe der UNESCO**

Der **Schwurgerichtssaal 600** ist der authentische Ort, an dem beim sog. „Prozess gegen die Hauptkriegsverbre-

cher“ 1945/46 ein wesentlicher Teil der singulären **Untaten des NS-Regimes erstmals vor der Weltöffentlichkeit**

**enthüllt** und dokumentiert sowie zentrale Akteure dieses Geschehens **zur Verantwortung gezogen wurden**.

Der Schwurgerichtssaal 600 ist somit der Ort einer **welthistorischen Zäsur**, die einer herausragenden Würdigung vor der Weltöffentlichkeit bedarf, um ihre existierende und sittliche Wirkung voll entfalten zu können. Die Nürnberger Prozesse gelten als **Geburtsstunde des modernen Völkerrechts** und bilden somit ein echtes Alleinstellungs-

merkmal für Nürnberg als Weltkulturerbe.

Deshalb hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung **in einem Antrag aufgefordert**, mit allem Nachdruck die laufenden Bemühungen, den **Schwurgerichtssaal 600 im Nürnberger Justizpalast in die von der UNESCO geführte Welterbeliste** aufzunehmen, zu fördern.

### **Modernisierung der S-Bahn München**

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir die Staatsregierung noch einmal in ihrem Bemühen unterstützt, die im Rahmen des Runden Tisches „Qualität“ mit der Deutschen Bahn **vereinbarten Maßnahmen zur Steigerung der Pünktlichkeit und Zuverlässig-**

**keit** bei der S-Bahn München **zeitnah umzusetzen**. Gleichzeitig haben wir sie dazu aufgefordert, dabei **zu prüfen**, ob eine weitere **Verbesserung der Leit-, Steuerungs- und Regeltechnik** notwendig und möglich ist.

### **Betreuungswesen verbessern!**

Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg haben eine **überörtliche Betreuungseinrichtung auf Landesebene** geschaffen, um die **verbindliche Kooperation** der Akteurinnen und Akteure des Betreuungswesens auf örtlicher Ebene und auch auf Landesebene zu fördern, die ehrenamtliche Struktur im Betreuungswesen zu unterstützen, eine weiterführende Qualitätssicherung zu betreiben, hinsichtlich des gesamten Betreuungswesens gegenüber der Öffentlichkeit größtmögliche Transparenz zu schaffen und damit

letztendlich die **Situation der Betreuten zu verbessern**.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag aufgefordert zu prüfen**, auf welche Art und Weise die **Arbeitsgemeinschaften für Betreuungsangelegenheiten** auf Landesebene im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel **in noch besserer Weise koordiniert** werden und welche **Synergieeffekte** sich **durch eine landesweite Koordination ergeben können**.

## Investitions- und Tourismusbarometer

**Erfolgsversprechende Investitionsstrategien** basieren auf einer stets aktuellen tiefgründigen Marktforschung und auf einer ehrlichen Analyse der Wettbewerbsfähigkeit mit konkreten Hinweisen auf Optimierungsbedarf.

Deshalb haben wir die Staatsregierung **in einem weiteren Antrag aufgefordert**, mit den Verbänden der bayerischen Kreditwirtschaft **über die Einführung eines bayerischen Investitions- und Tourismusbarometers zu verhandeln**.

**Hauptziel** ist eine **permanente und damit aktuelle problemorientierte und regionalisierte Beobachtung der Tourismusedwicklung**.

Das Tourismusbarometer soll zudem zu einem **Instrument der Zukunftsplanung** werden und exklusive Kennzahlen, unabhängige Analysen und klare Empfehlungen für die Reiseziele ergeben. Ebenso soll es eine **jährliche Konjunkturanalyse** über Umfang und Qualität des touristischen Angebots und der Nachfrage in den Ländern und Reisegebieten geben.

## Erfahrungen mit der Übertragung des Berufungsrechts auf die Hochschulen – Zwischenbericht

Durch die Hochschulrechtsnovelle 2009 wurden die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, im Rahmen eines **Modellversuchs** das **Berufungsrecht** durch Rechtsverordnung befristet auf alle Hochschulen, die dies beantragen, **zu delegieren**.

**Ziel** dieser Maßnahme ist es, die **Autonomie der Hochschulen** auch im Hinblick auf die Berufungsverfahren **zu stärken**. Ihre zeitliche Dauer soll verkürzt und der **Frauenanteil bei den Professuren weiter ausgebaut** werden.

**Nach Abschluss der Erprobungsphase im Jahre 2013** wird die Übertragung des Berufungsrechts auf die Hochschulen – zur Vorbereitung der Entscheidung über die Entfristung dieser Regelung – **umfassend evaluiert** werden.

Deshalb haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag aufgefordert**, dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur **im Frühjahr 2012** schriftlich und mündlich **über die ersten Erfahrungen mit der Übertragung** der Berufungszuständigkeit auf die Hochschulen **zu berichten**.